

Deutschland in den
internationalen Beziehungen
des 19. und 20. Jahrhunderts

Festschrift für Josef Becker zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Walther L. Bernecker und Volker Dotterweich



VERLAG ERNST VÖGEL · 81827 MÜNCHEN

1996

Inhaltsverzeichnis

Würdigung und Einleitung	7
Teil I – Politik und Krieg vor 1870	
<i>Horst Möller</i> : Kritik und Krise: Die Politisierung Deutschlands durch die Französische Revolution	25
<i>Johannes Burkhardt</i> : Alte oder neue Kriegsursachen? Die Kriege Bismarcks im Vergleich zu den Staatsbildungskriegen der Frühen Neuzeit	43
<i>Stig Förster</i> : Vom Volkskrieg zum totalen Krieg? Der Amerikanische Bürgerkrieg 1861–1865, der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 und die Anfänge moderner Kriegführung	71
<i>Ennio Di Nolfo</i> : Italien zwischen Österreich und Deutschland in der Zeit von 1867 bis 1870	93
Teil II – Der deutsche Nationalstaat als Großmacht	
<i>Klaus Hildebrand</i> : Der deutsche Nationalstaat als Großmacht 1871–1918	109
<i>Allan Mitchell</i> : Le Ballon d’Alsace: Ein vergessenes Kapitel der deutsch- französischen Eisenbahngeschichte	125
<i>Günther Kronenbitter</i> : Bundesgenossen? Zur militärischen Kooperation zwischen Berlin und Wien 1912 bis 1914	143
<i>Georges-Henri Soutou</i> : Paul Painlevé und die Möglichkeit eines Verhand- lungsfriedens im Kriegsjahr 1917	169
Teil III – Zur Epoche des Nationalsozialismus	
<i>Walther L. Bernecker</i> : Deutschland und Spanien in der Epoche des Nationalsozialismus	191
<i>Hartmut Lehmann</i> : Der Statist als Akteur: Chefdolmetscher Dr. Paul Schmidt zwischen Hitler und Lord Halifax am 19. November 1937 ..	221
<i>Jens Petersen</i> : Der deutsche Widerstand im Urteil Italiens	235
<i>Gotthard Jasper</i> : Die Kirche der Reformation und das Schicksal des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert	247

Teil IV – Die Alliierten und Deutschland nach 1945	
<i>Helmut Altrichter</i> : Die alliierte Deutschlandpolitik. Ziele, Phasen, Interpretationen	263
<i>Volker Dotterweich</i> : „Arrest“ und „Removal“. Die amerikanische Besatzungsdirektive JCS 1067 und die Entnazifizierungskonzeption der Westmächte	287
<i>Raymond Poidevin</i> : Robert Schuman und Deutschland	317
Teil V – Erfahrungen und Perspektiven der achtziger und neunziger Jahre	
<i>Luigi Vittorio Ferraris</i> : Deutsch-italienische Beziehungen in den achtziger Jahren	331
<i>James J. Sheehan</i> : 1871, 1990: Kontinuität und Wandel in zwei Vereinigungen	347
<i>Michael Stürmer</i> : Europa als politische Lebensform. Lektionen und Visionen für Deutschland	363
<i>Karl-Heinz Ruffmann</i> : Heimat, Nation, Vaterland. Überlegungen zwischen Vernunft und Gefühl	373
<i>Karl Filser</i> : Lernziel „Einheit und Vielfalt“. Neue Impulse des Europarats zur Revision des Geschichtsunterrichts in Europa	385
Schriftenverzeichnis Josef Becker	405
Die Autoren	413

Kritik und Krise: Die Politisierung Deutschlands durch die Französische Revolution

1.

Vom ersten Tage an elektrisierte die Französische Revolution auch die benachbarten Völker, die Engländer, Italiener und Deutschen – um nur diese zu nennen: Der englische Liberale Edmund Burke hielt es bereits 1790 für notwendig, mit seinen *Reflections on the Revolution in France* ein rosiges Bild des alten Frankreichs zu malen, um die Revolution als unnötig zu entlarven und seine Landsleute gegen revolutionäre Versuchungen zu immunisieren. So fern sein Historiengemälde der Realität des Ancien Régime auch blieb, seine visionäre Prognose kommenden revolutionären Unheils erwies sich als zutreffend.

Indes vermochte die spätere Schreckensherrschaft Robespierres keineswegs bei allen Zuschauern, die dieses weltgeschichtliche Drama in den intellektuellen Logenplätzen der Nachbarländer betrachteten, die revolutionäre Faszination zu vermindern. Im fernen Königsberg hinderte blutiger Terror Immanuel Kant nicht, die Revolution als „Morgenröte der Menschheit“ zu preisen: „[...] ein solches Phänomen in der Menschengeschichte *vergißt sich nicht mehr*, weil es eine Anlage und ein Vermögen in der menschlichen Natur zum Besseren aufgedeckt hat, dergleichen kein Politiker aus dem bisherigen Laufe der Dinge herausgeklügelt hätte, und welches allein Natur und Freiheit nach inneren Rechtsprinzipien im Menschengeschlechte vereinigt [...]“¹ Der neue Mensch schien zum Greifen nah, Fortschrittspathos und Utopie waren aus den Stuben der Denker auf die Straße geschleudert worden, niemand durfte sie fortan ignorieren, sie zählten zur politischen Realität – Verheißung und Waffe zugleich.

Die evolutionäre Verbesserung der Welt, die in den reformabsolutistischen Staaten versucht worden war, erhielt aggressive Konkurrenz, die Reformer mußten sich künftig gegen die Revolutionäre behaupten. Was noch 1776 mit der Amerikanischen Revolution aus der Neuen Welt als fernes Grollen herüberschallte, ergriff 1789 als Donnerschlag des Fortschritts auch die Alte Welt und verband beide. Aber kann man deswegen schon, wie der amerikanische Histori-

¹ Immanuel Kant, *Der Streit der Fakultäten*, in: Ders., *Werke*, hg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 9, Darmstadt 1968, S. 361.

ker Robert Palmer und der französische Historiker Jacques Godechot, von einem „Zeitalter der demokratischen Revolution“, einer „atlantischen Revolution“ sprechen?² In jedem Fall aber unterwarf die Revolution die alten Staaten Europas einem ungeheuren Modernisierungsdruck: Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen, Revolution und Reform standen von nun an nebeneinander auf der Tagesordnung der europäischen Politik, bis der Wiener Kongreß das revolutionäre Zeitalter vorläufig abschloß: Kaum einer der dann noch existierenden Territorialstaaten behielt das Gesicht von 1789, ja nicht einmal das von 1800. Hätte ein preußischer Staatsmann 1788 den Satz formulieren können, den ein konservativer Reformler wie der Reichsfreiherr vom Stein 1807 dem Grafen Hardenberg, dem anderen führenden preußischen Staatsmann dieser Jahre, schrieb: Es komme darauf an, „die Nation zu gewöhnen, selbst ihre Geschäfte zu betreiben“³? Die für Stein so wesentliche Idee der kommunalen Selbstverwaltung wurzelte nicht zuletzt in dieser Überzeugung.

Und Hardenberg selbst hätte zwanzig Jahre früher kaum die Worte geschrieben, die seine berühmte Denkschrift über die Reorganisation des preußischen Staates vom 12. September 1807 enthielt: „Überhaupt gehört eine vernünftige Rangordnung, die nicht einen Stand vor dem anderen begünstigte, sondern den Staatsbürgern aller Stände ihre Stellen nach gewissen Klassen neben einander anwies, zu den wahren und keineswegs zu den außerwesentlichen Bedürfnissen eines Staates“.⁴ Allein schon die kontrapunktische Verwendung der Begriffe „Staatsbürger“ und „Klasse“ und ihre Beziehung auf die „wahren“ Bedürfnisse des Staates unterlief die damals in den deutschen Staaten noch immer bestehende geburtsständische Privilegienordnung Preußens.

Doch auch ohne genauere begriffsgeschichtliche Analyse bleibt der gesellschaftspolitische Angriffspunkt unübersehbar, nannte Hardenberg doch ausdrücklich diejenigen adligen Privilegien beim Namen, die seiner Ansicht nach künftig entfallen sollten. Die durchgängige Argumentationsbasis bildete die zeitgeschichtliche Erfahrung der Revolution in Frankreich. Hardenberg sah wie Kant in der Revolution trotz aller ihr inhärenten Übel den „großen Weltplan einer weisen Vorsehung“ am Werke, als deren Zweck er vermutete, „das Schwache, kraftlos Veraltete überall zu zerstören und nach dem Gange, den die Natur auch im Physischen nimmt, neue Kräfte zu weitem Fortschritten zur Vollkom-

² Jacques Godechot, *Les Révolutions (1770–1799)*, Paris 1970; Robert R. Palmer, *The Age of the Democratic Revolution*, 2 Bde., 2. Aufl. Princeton, N. J. 1970.

³ Vgl. etwa Freiherr vom Stein, *Briefe und amtliche Schriften*, Bd. II, 2, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1960, S. 464.

⁴ Leopold von Ranke, *Hardenberg und die Geschichte des Preußischen Staates von 1793 bis 1813*, Bd. III (Anhang), Leipzig 1881, S. 377.

menheit zu beleben [. . .]. Die französische Revolution, wovon die gegenwärtigen Kriege die Fortsetzung sind, gab den Franzosen unter Blutvergießen und Stürmen einen ganz neuen Schwung. Alle schlafenden Kräfte wurden geweckt; das Elende und das Schwache, veraltete Vorurtheile und Gebrechen wurden – freilich mit manchem Guten – zerstört. Die Benachbarten und Ueberwundenen wurden mit dem Strome fortgerissen [. . .]. Der Wahn, daß man der Revolution am stärksten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundsätze entgegenstreben könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben.“ Und Hardenberg beschwor einen Staat, der es vermöchte, „den wahren Geist der Zeit zu fassen und sich in jenen Weltplan durch die Weisheit seiner Regierung *ruhig* hineinzuarbeiten, ohne daß es gewaltsamer Zuckungen bedürfe“.

Hardenberg verarbeitete die Erfahrungen der revolutionären Zeitläufte. Zu ihnen zählten ihre Fortschritte und ihre terroristischen Schrecknisse ebenso wie der Zusammenbruch der mittel- und südeuropäischen Staatenwelt unter den Schlägen Napoleons. Hardenbergs Schlußfolgerung lautete zwangsläufig: „Also eine Revolution im guten Sinne, geradehin führend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von innen oder außen – das ist unser Ziel, unser leitendes Prinzip.“⁵

Dieser nachrevolutionäre Reformwille war anderer Qualität als der aufgeklärte Reformabsolutismus, und doch konnte er an diesen nach einer unverkennbaren Phase der Stagnation anknüpfen.

2.

Die ideellen, politischen, diplomatischen und militärischen Reaktionen auf die Ereignisse seit 1789 zeigen gravierende Phasenverschiebungen und eine unterschiedliche revolutionäre Veränderungsdynamik sowohl der einzelnen Sektoren als auch der deutschen Territorialstaaten: So unbestreitbar die ungeheure ideologische Signalwirkung der Ideen von 1789 gewesen ist, so wenig brach in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Diplomatie des Heiligen Römischen Reiches schlagartig ein neues Zeitalter an. Existierten schon in Frankreich selbst nach dem Jahr 1789 fortwirkende Kontinuitäten – wie schon Alexis de Tocqueville herausgearbeitet hat-, so ist die Revolution auch in ihrem Mutterland nur als Prozeß zu interpretieren, bei dem die Fixierung auf einzelne Jahreszahlen

⁵ Ebd. S. 364 f.

oder einzelne bedeutende Ereignisse immer nur sektorale Bedeutung besitzt. Das Jahr 1789 erlangte für die deutsche Geschichte noch weniger Zäsurcharakter. Die politische Wirkung der Ereignisse von 1789 bis 1794 zeigte sich in den deutschen Staaten erst viele Jahre später. So blieb beispielsweise die Diplomatie der Reichsstände gegenüber dem revolutionären Frankreich weit davon entfernt, die grundstürzende Veränderung angemessen zu erfassen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Reformen sind insgesamt nur als mittelbare und mittelfristige Auswirkungen der Revolution unter Berücksichtigung spezifisch deutscher Traditionen angemessen verstehbar: Diese sich auf ungefähr zweieinhalb Jahrzehnte erstreckende Zeit revolutionärer Veränderungen relativiert die Epochenscheide des Jahres 1789 für die deutsche Geschichte erheblich. Und dennoch haben die politisierenden Intellektuellen in Deutschland die Weltwirkung der Revolution in Frankreich schon 1789 erkannt.

3.

Zu den Gründen zählt vor allem, daß sich seit den 1770er Jahren auch in Deutschland die zunächst literarische, philosophische Kritik oder der allgemeine gelehrte Disput mehr und mehr politisierte. Die Diskussion der Literaten schuf zunächst ein Forum öffentlicher Meinungsbildung, die sich in wachsendem Maß auf politische Themen erstreckte, obwohl das Machtmonopol politischer Entscheidung nach wie vor bei den Fürsten lag. Die Zeitschriften, die geheimen Gesellschaften bemühten sich öffentlich oder über geheime Verbindungen bis zu den Regierungen, ja oftmals sogar bis zu den Fürsten selbst, Einfluß auf die Personalpolitik zu gewinnen: Dies gelang zeitweilig dem berühmten Illuminatenorden des Ingolstädter Philosophieprofessors Adam Weishaupt, der auf die bayerische Regierung Einfluß zu nehmen versuchte und dem der Schöpfer des modernen Bayern, Graf Montgelas, vor seiner Ministerzeit angehörte. Und in Preußen, dessen berühmtester König, Friedrich der Große, seit seiner Jugend Freimaurer gewesen war, gewann der gegenaufklärerische Orden der Gold- und Rosenkreuzer Einfluß auf die Regierung: außer König Friedrich Wilhelm II. gehörten ihm hier seine beiden wichtigsten Minister, Wöllner und Bischoffwerder, an.

Forderten die aufgeklärten Schriftsteller überall die Pressefreiheit, so versuchten die Rosenkreuzer sie in Preußen zu unterdrücken. Aber repressive Maßnahmen dieser Art waren nicht von Dauer; einer der berühmtesten deutschen Dichter dieser Zeit, Christoph Martin Wieland, brachte in seiner Zeitschrift „Deutscher Merkur“ 1785 die allgemeine Forderung auf die Formel:

„*Freiheit der Presse* ist Angelegenheit und Interesse des ganzen Menschengeschlechts. Ihr haben wir hauptsächlich die gegenwärtige Stufe von Cultur und

Erleuchtung, worauf der größere Theil der europäischen Völker steht, zu verdanken. Man raube uns diese Freiheit, so wird das Licht, dessen wir uns gegenwärtig erfreuen, bald wieder verschwinden; Unwissenheit wird bald wieder in Dummheit ausarten und Dummheit uns wieder dem Aberglauben und dem Despotismus preisgeben. [. . .] Freiheit der Presse ist nur darum ein Recht der *Schriftsteller*, weil sie ein Recht der *Menschheit* oder, wenn man will, ein Recht *politicirter* Nationen ist“.⁶

Wieland war weder der erste noch der einzige, der Pressefreiheit forderte; kaum einer der wichtigeren deutschen Autoren verzichtete seit den 1770er Jahren auf dieses Postulat, das sehr nachdrücklich schon Schubart 1774 in seiner Zeitschrift „Deutsche Chronik“ formuliert hatte.⁷ Wurde Pressefreiheit nicht gewährt, so übten die Aufklärer vielfältige Formen indirekter Kritik: Man kritisierte einen fremden Fürsten, wo man den eigenen meinte, man übte sich in Anspielungen, die jeder Leser verstand, man lobte den Vorgänger, um den Nachfolger auf dem Thron bloßzustellen, man fingierte den Schauplatz gemäß dem Vorbild von Montesquieu in seinen *Lettres persanes*. „Politik“ bedeutete im Absolutismus etwas anderes als seit der Französischen Revolution, seit Napoleon, seit dem 19. Jahrhundert. Die Kritik machte die Krise des absolutistischen Systems der meisten deutschen Staaten öffentlich: Die meisten Fürsten der größeren Staaten hatten zahlreiche Reformen eingeleitet, zweifellos auch viele Erfolge zu verzeichnen, aber zum Abschluß gelangte das Reformwerk kaum. So wurden Erwartungen erweckt, die nicht erfüllt werden konnten und die die öffentliche Diskussion immer weiter steigerten. In all diesen Formen konkretisierte sich das Verlangen des gebildeten Bürgertums nach Mitsprache: zunächst nach rechtlicher Freiheit und Gleichheit, dann nach politischer Mitwirkung.

Es ist eine Legende, daß es in Deutschland kein selbstbewusstes Bürgertum gegeben habe. Der Unterschied zu Frankreich liegt vor allem im Fehlen einer metropolitanen Konzentration auf der einen sowie der regionalen oder auch rechtlichen und ökonomischen Vielgestaltigkeit auf der anderen Seite: Die Bürger der Hansestadt Hamburg, der alten Reichsstadt Nürnberg, der aufstrebenden Residenzstadt Berlin unterschieden sich rechtlich, wirtschaftlich, politisch in ihrer kulturellen und sozialen Mentalität: Ein homogenes Bürgertum konnte es in Deutschland aufgrund der historisch bedingten Partikularität gar nicht geben; statt dessen existierten sehr differenzierte bürgerliche Schichten.

⁶ Christoph Martin Wieland, Ueber die Rechte und Pflichten der Schriftsteller . . . (1785), in: Ders., Werke, hg. von Heinrich Düntzer, Bd. 33, Berlin o. J., S. 17 f.

⁷ Christian Daniel Schubart, Deutsche Chronik, 1774, 1. Vj., Vorbericht.

Aber auch in Frankreich war die Heterogenität der Bourgeoisie beträchtlich, die Revolution ist keineswegs mit dem Begriff „bürgerlich“ hinreichend charakterisiert. Allein für den Sommer 1789 haben beispielsweise François Furet und Denis Richet von drei sozialen Revolutionen nebeneinander gesprochen.⁸ Und schon Jean Egret konstatierte 1962 eine aristokratisch geprägte „Pré-Révolution“.⁹

4.

Obwohl Deutschland ein Land ohne Revolution blieb, hatte die letzte Stunde des Absolutismus geschlagen. Am Tag der Menschenrechtserklärung der Nationalversammlung schrieb Joachim Heinrich Campe aus Paris: „Je aufmerksamer ich die Knospen, die Blüte und die Früchte der jungen französischen Freiheit betrachte und je länger ich das hier angefangene Kreißen des von praktischer Philosophie geschwängerten menschlichen Geistes beobachte, welcher gerechte und weise Staatsverfassungen, allgemeine Aufklärung und Völkerglück gebären zu wollen verheißt, desto inniger und fester wird meine Überzeugung, daß diese französische Staatsumwälzung die größte und allgemeinste Wohltat ist, welche die Vorsehung seit Luthers Glaubensverbesserung der Menschheit zugewandt hat.“¹⁰

Campe gehörte zu den achtzehn Ausländern, denen die Nationalversammlung am 26. August 1792 das französische Bürgerrecht verlieh. In dem Dekret hieß es, sie seien mutig für die Sache der Freiheit eingetreten, hätten zur Lösung der Völker aus ihren Fesseln beigetragen und könnten deshalb von einer durch Aufklärung zur Freiheit gelangten Nation nicht als Fremde angesehen werden. Unter diesen französischen (Ehren-)Bürgern waren George Washington, Thomas Paine, Joseph Priestley, Jeremy Bentham, Pestalozzi, Klopstock und Schiller. In der Tat gehörte Campe zu denjenigen, die in Deutschland sogleich die Revolution im Nachbarland begeistert begrüßten. Auffällig ist in Campes Urteil nicht allein der Zusammenhang, den er zwischen Aufklärung, Revolution und Völkerglück herstellte, sondern auch der Hinweis auf Luthers Reformation. Dieser Gedanke sollte bis zu Hegel nicht mehr aus der deutschen Beurteilung der Französischen Revolution verschwinden: Nicht wenige deutsche Dichter und Denker beurteilten die Reformation als die erste, die geistige Revolution, die Deutschland eine politische erspart habe. Schon durch Luther sei Gewis-

⁸ François Furet / Denis Richet, *La Révolution française*, Paris 1973.

⁹ Jean Egret, *La Pré-révolution française (1787–1788)*, Paris 1962.

¹⁰ Joachim Heinrich Campe, *Briefe aus Paris*, hg. von Helmut König, Berlin (Ost) 1961, S. 274 (8. Brief).

sensfreiheit in Deutschland möglich geworden. „In Deutschland war die Aufklärung auf Seiten der Theologie; in Frankreich nahm sie sogleich eine Richtung gegen die Kirche. In Deutschland war in Ansehung der Weltlichkeit schon alles durch die Reformation gebessert worden.“ Hegel führte unter anderem die „Einmischung der geistlichen Gewalt in das weltliche Recht“ auf, aber auch „jenes andere der gesalbten Legitimität der Könige; d. i. eine Willkür der Fürsten, die als solche, weil sie Willkür der Gesalbten ist, göttlich, heilig sein soll.“¹¹

Lassen wir beiseite, wieweit Hegels Deutung zutrifft, gingen doch weltliche und geistliche Macht gerade im protestantischen Landesfürstentum eine außerordentlich enge Verbindung ein. Entscheidend für diese Sicht ist der spirituelle Zug, der nicht wenigen deutschen Revolutionsinterpretationen innewohnt. Er zeigte sich schon in der Deutung der Reformation als Vorläuferin der Aufklärung, die ihrerseits der deutschen Aufklärung die ausgeprägt geistig-geistliche Komponente vermittelte, andererseits aber eine aufgeklärt-protestantische Soziallehre begünstigte, in der der bürgerliche Stand einen Platz fand. Säkularisierten die Aufklärer Reformation zur Reform, so Hegel zur „deutschen“, zur „geistigen“ Revolution. In der Bejahung der Revolution von Kant bis Hegel manifestierte sich die Säkularisierung der abendländischen Heilserwartung zur Geschichtsphilosophie, die Revolution erschien als Symbol der Verheißung: Die sich aus der Herkunft legitimierende alteuropäische Welt wurde durch diese geschichtsphilosophische Legitimierung der Revolution aus der Zukunft so fundamental in Frage gestellt, wie dies nur irgend möglich war. Insofern konnte der wirkliche Verlauf der Revolution und also auch die Jakobinerdiktatur an ihrer Beurteilung durch die Philosophen nichts ändern: Die Revolution symbolisierte die Möglichkeit des Menschen, noch nicht seine Wirklichkeit.

Kants Beurteilung von Revolutionen im allgemeinen und der Französischen Revolution im besonderen wurde trotz mancher Widersprüchlichkeiten von der Mitte der 1780er bis zum Ende der 1790er Jahre im ganzen zunehmend positiver. Noch 1784 vertrat er die Ansicht: „Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals eine wahre Reform der Denkungsart zustande kommen; sondern neue Vorurtheile werden [. . .] zum Leitbande des gedankenlosen Haufens dienen.“¹²

Im „Streit der Fakultäten“ 1798 aber beurteilte Kant die Revolution unter geschichtsphilosophischer Perspektive außerordentlich positiv. Auch wenn die

¹¹ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Philosophie der Geschichte, in: Hegel, Werke. Redaktion Eva Moldenhauer / Karl Markus Michel, Bd. 12, Frankfurt a. M. 1971, S. 526.

¹² Immanuel Kant, Was ist Aufklärung?, in: Berlinische Monatsschrift 4 (1784) S. 484.

Revolution am Ende fehlschlage und alles in das vorherige Gleis zurückgebracht werde, „verliert jene philosophische Vorhersagung doch nichts von ihrer Kraft.“¹³ Es ging ihm wie später Hegel um die zukunftsweisende anthropologische Botschaft der Revolution, die die wahre Bestimmung des Menschen aus der künftigen Geschichte ableitete. Der Fortschritt in der Geschichte bekam auf diese Weise Sinn und Ziel, weswegen Kant von der „wahrsagenden Geschichte“ der Menschheit sprach, mit deren Hilfe die in der Menschennatur liegende Naturabsicht selbst befördert werden könne. Aus dem durch die Ethik definierten Sollen des Menschen entwickelt sich auf diese Weise seine künftige Gestalt. Diesen Weg konnte nur die Geschichtsphilosophie herausfinden.

Außer Kant und Hegel gehörten Fichte, Schelling, Schiller und Johann Benjamin Erhard, trotz aller Unterschiedlichkeit, zu diesem Typus der Revolutionsinterpretation. Wenn Fichte auch in seiner 1793 veröffentlichten Schrift „Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution“ auf viele politische und juristische Einzelprobleme einging, so blieb auch für ihn der geschichtsphilosophische Zusammenhang ausschlaggebend: „Die französische Revolution scheint mir wichtig für die gesamte Menschheit“, erklärte Fichte in der Vorrede: Ausdrücklich fügte er hinzu, er meine damit nicht die politischen Folgen für die Nachbarstaaten.¹⁴ Und die Schrift, die Johann Benjamin Erhard 1795 publizierte, „Über das Recht des Volks zu einer Revolution“, beruhte ebenfalls auf einer prinzipiellen Deduktion der Menschenrechte.¹⁵

Aufschlußreich ist, daß diejenigen Aufklärer, die keinen geschichtsphilosophischen, sondern einen empirischen Zugang zur Geschichte wählten, in der Regel der Revolution skeptisch gegenüberstanden, ohne doch die liberalen Prinzipien ihrer Anfangsphase für falsch zu halten. Sie waren in der Regel Anhänger der Reform, die sie als die bessere Modernisierungsmöglichkeit betrachteten. Sogar Kant hatte ungeachtet seiner späteren prinzipiellen Zustimmung zur Revolution einmal bemerkt, der Fortschritt zum Besseren könne „nicht durch den Gang der Dinge *von unten hinauf*, sondern *von oben herab*“ erwartet werden, folglich sei es wünschenswert, „daß der Staat sich von Zeit zu Zeit selbst reformiere, und statt Revolution, Evolution versuchend, zum Besseren beständig fortschreite“¹⁶. Der Göttinger Staatswissenschaftler August Ludwig Schlözer, der zu den politisch wachsten Köpfen im damaligen Deutschland gehörte, kam

¹³ Kant, Werke, Bd. 9, S. 367.

¹⁴ In: Fichtes Werke, hg. von Immanuel Hermann Fichte, Bd. 6, Neudr. Berlin 1971, S. 39.

¹⁵ Johann Benjamin Erhard, neu hg. von Hellmut G. Haasis, 2. Aufl. München 1970.

¹⁶ Kant, Werke, Bd. 9, S. 367.

1793 ohne Umschweife auf den Punkt: „Reform, aber keine Revolutionen“ sei die Losung der Deutschen wie der Engländer.¹⁷

Schlözer hielt die Revolution in Frankreich schon Ende des Jahres 1789 für ein Unglück, immer wieder druckte er kritische Berichte über die Ereignisse ab und bekräftigte sie: Frankreich schien 1789 ein einziges Chaos zu sein, in dem Recht, Wirtschaft, Gesellschaft und Monarchie gleichermaßen ruiniert waren.¹⁸ Auch Debatten der Nationalversammlung wurden ausführlich kommentiert, schließlich der Versuch gemacht, die Französische Revolution historisch einzuordnen. So hieß es 1790 in Schlözers Zeitschrift:

„1. *Monarchischer, aristokratischer* Despotism, ist ein Uebel; aber *ochlokratischer* ist es auch, oder wo möglich ein noch größeres Uebel.

Eine alte unleidliche Constitution mit der Wurzel ausrotten, heißt noch gar nicht eine neue glückliche gründen. Der Übergang aus dem Despotism zur wahren Freiheit ist halsbrechend. Die Geschichte aller Statsrevolutionen, deren wir [...] so viele umständlich kennen, lert, daß die Völker dabei gewöhnlich nur aus einem Despotism in einen andren gestürzt, und oft, wenigstens auf eine Zeitlang, unglücklicher als vorhin, geworden sind.“¹⁹

Diese pragmatische Beurteilung der Geschichte legte den Historikern unter den zeitgenössischen Beobachtern nahe, sich an die tatsächliche Entwicklung der Revolution zu halten und nicht an Verheißungen, deren Einlösung ungewiß erschien. Schlözers Hinweis auf den sich nach aller historischen Erfahrung unweigerlich einstellenden revolutionären Despotismus machte – wie gesagt – Edmund Burkes zeitgleiche Betrachtungen über die Französische Revolution berühmt, da sich diese Befürchtung nur zu bald realisierte.

Seit 1792 mußten sich die Philosophen und Schriftsteller in Deutschland mit der Entwicklung der Revolution zur „terreur“, die in der neueren Forschung als „déravage“ (Furet / Richet), als Ausgleiten, bezeichnet worden ist, auseinandersetzen: Der „Despotismus der Freiheit“ wurde für die deutsche Revolutionsbegeisterung zum Problem. Klopstock, Herder und Wieland gehörten zu denjenigen, die 1789 die erste, liberal-aufgeklärte Phase der Revolution begeistert begrüßten, aber die Radikalisierung seit 1792/1793 – die im übrigen durch die Beteiligung der städtischen Massen auch plebejische Züge trug – mehr oder weniger entschieden ablehnten. Dieser partiellen Distanzierung kam um so mehr Be-

¹⁷ August Ludwig Schlözer, zit. nach Fritz Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770 bis 1815, Neudr. Kronberg/Ts. 1978, S. 399.

¹⁸ Schlözer, *StaatsAnzeigen*, 14 (1790) S. 49 ff., 79 ff.

¹⁹ Ebd. S. 498 f.

deutung zu, als die Zahl derjenigen, die 1789 vorbehaltlos die Revolution in Frankreich begrüßt hatten, unter den deutschen Schriftstellern, Publizisten und Philosophen wohl eindeutig überwog. Viele huldigten einer geradezu hymnischen Revolutionsbegeisterung und pilgerten sogleich ins revolutionäre Paris.

Allerdings blieb neben der erwähnten geschichtsphilosophischen Richtung eine Gruppierung bestehen, die sich weiterhin entschieden zur Revolution bekannte, die sogenannten deutschen Jakobiner. Wenngleich diese Bezeichnung nicht glücklich gewählt ist und sie oft überschätzt werden, verdienen sie doch Beachtung.

Die „deutschen Jakobiner“ besaßen in Norddeutschland, beispielsweise in Hamburg, in Süddeutschland und insbesondere in Mainz Anhänger: Dort gründeten sie 1793 unter führender Beteiligung Georg Forsters die „Mainzer Republik“ und gingen auch in dieser Beziehung über die Mehrzahl der deutschen Aufklärer hinaus, die zwar Reformen wollten, doch kaum je die Abschaffung der Monarchie propagierten. In Süddeutschland erhielten die „Jakobiner“ nach dem Basler Frieden 1795 für kurze Zeit Auftrieb, nachdem manche Regionen unter der österreichischen Besatzung zu leiden hatten, aber auch die Summierung einzelner revolutionär-jakobinischer Aktivitäten ergibt noch keine Revolution.

Die revolutionär-republikanische Gruppierung, die zeitweise von einem emphatisch-revolutionären Gemeinschaftserlebnis geprägt wurde, umfaßte wohl etliche Hundert Personen. Angesichts der vielen Schauplätze aber konnten sich die „Jakobiner“ nicht reichsweit organisieren und blieben an den meisten Orten ohne größeren Einfluß, zumal sie bei der überwiegenden Zahl der Aufklärer kaum Zustimmung fanden.

Bemerkenswert sind die revolutionären Republikaner auch deshalb, weil sich ihre Revolutionsbegeisterung nicht wie die der meisten Schriftsteller und Philosophen auf ein Raisonement beschränkte, sondern sie den Versuch unternahmen, ihre politischen Ziele in die Tat umzusetzen. Nach der Eroberung der Pfalz durch General Custine am 21. Oktober 1792 gründeten die „deutschen Jakobiner“ mit französischer Unterstützung schon am 23. Oktober eine „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“, die dem Vorbild des Pariser Jakobinerclubs folgte. Die Mitgliederzahl wuchs rasch an, erreichte in ihren besten Tagen unter der Präsidentschaft Georg Forsters etwa 500. Doch zerfiel die Gesellschaft infolge politischer Richtungskämpfe ziemlich schnell in verschiedene Fraktionen und löste sich schon im März 1793 wieder auf, wurde neu gegründet, ging dann in den Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent über, der am 18. März 1793 die sogenannte Mainzer Republik proklamierte, die das Gebiet zwischen Bingen und Landau umfaßte. Doch auch dieses Intermezzo endete bereits am